



ANPACKEN.
FÜR UNSER LAND.

**Antworten der SPD zum Fragenkatalog
von
VENRO
Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.**

**zu Frage 1:
Stellenwert und konzeptionelle Ausrichtung**

Wir stehen für eine moderne Entwicklungspolitik. Eine Entwicklungspolitik, die Regierungen und die Zivilgesellschaft dabei unterstützt, Entwicklung voranzubringen. So, wie wir es auf den Konferenzen in Paris und Accra beschlossen haben: durch die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien und Strukturen. Alle Entwicklungspartner müssen sich gut abstimmen. In diese Richtung ist bereits – nicht zuletzt durch sozialdemokratische Entwicklungspolitik – viel passiert. Und diesen Weg wollen wir weiter gehen. Aufrufe, die darauf abzielen, staatliche Strukturen zu umgehen und zurück zu einem „klein-klein“ mit unzähligen Projekten zu gehen, unterstützen wir nicht. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein solches Vorgehen nicht nachhaltig ist.

Entwicklungspolitik ist heute eine Querschnittsaufgabe mit Überschneidungen zu unterschiedlichen Politikfeldern: Klimaschutz, Handels-, Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Sicherheitspolitik.

Unter SPD-Führung wurde die Kohärenz deutscher Entwicklungspolitik massiv verbessert. Deutschland ist heute auch weltweit der zweitgrößte Geber – mit hohem internationalen Ansehen und "Vorbildfunktion".

Die SPD bekennt sich in ihrem Regierungsprogramm klar zu einem eigenständigen Entwicklungsministerium. Auch in Zukunft wollen wir, dass die Entwicklungszusammenarbeit kohärent von diesem Ministerium gesteuert wird. Mit der Eigenständigkeit dieses Ministeriums machen wir deutlich, dass globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut für uns höchste Priorität haben. Entwicklungspolitik ist ein zentrales Politikfeld und muss am Kabinetttisch vertreten sein.

Die außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung müssen natürlich auch die möglichen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer berücksichtigen. Die Kohärenz der Politikfelder ist für die SPD ein wichtiges Anliegen.

**zu Frage 2:
Milleniumsentwicklungsziele**

Die SPD hat sich nicht nur im Jahre 2000 für den Beschluss der UN-Millenniums-Entwicklungsziele eingesetzt. Im Regierungsprogramm ist ausdrücklich festgelegt, dass wir

alles tun wollen, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird die Unterstützung Afrikas bleiben, denn das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele wird entscheidend von den Fortschritten in Afrika abhängen.

Einen ‚Deutschen MDG-Aktionsplan‘ wie von VENRO vorgeschlagen, greift das SPD-Regierungsprogramm zwar nicht auf. Wir begrüßen aber den Vorschlag, den es gemeinsam zu diskutieren gilt. Wichtig in der Erreichung der MDGs sind auch das nationale Aktionsprogramm 2015 des Entwicklungsministeriums und die Umsetzungsberichte der Vereinten Nationen. Hiernach und in enger Absprache sowohl mit den Partnerländern als auch mit den anderen Gebern entscheiden sich die Initiativen Deutschlands für die nächsten Jahre. Die SPD will dazu beitragen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Daher ist im SPD-Regierungsprogramm festgelegt, dass wir im Rahmen unserer Entwicklungspolitik mehr in die ländliche Entwicklung, in den Klimaschutz, in die Anpassung an den Klimawandel und in Erneuerbare Energien investieren. Dazu soll ein Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz eingesetzt werden.

Die MDGs haben wir immer auch vor dem Hintergrund der von Ihnen genannten Themen behandelt. Wir wollen sie aber auch weiter verstärken. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, die Millenniumsentwicklungsziele weiterzuentwickeln. Gerade Menschen- und Frauenrechte spielen hier eine wichtige Rolle.

Auch wenn nicht alle Themen in den MDGs enthalten sind, so waren wir dennoch nicht untätig. Als Beispiel sei hier nur die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen genannt, die seit März 2009 für Deutschland rechtlich bindend ist. Die Konvention hat das Ziel, Menschen mit Behinderungen Chancengleichheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in ihren Ländern zu ermöglichen. Das Entwicklungsministerium hat bereits reagiert: Es hat im August 2009 ein Sektorvorhaben „Menschen mit Behinderung“ gestartet. Es hat das Ziel, Belange von Menschen mit Behinderung künftig sowohl im Rahmen der deutschen wie auch der internationalen Entwicklungspolitik besser zu berücksichtigen. Neben konkreten Programmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung hat das Entwicklungsministerium unter Führung von Heidemarie Wieczorek-Zeul aber auch seine Arbeit im wichtigen Bereich der sozialen Sicherung ausgebaut. Das kommt natürlich auch Menschen mit Behinderung zugute.

zu Frage 3: Entwicklungsfinanzierung

Wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Beide Ziele haben wir – übrigens als einzige Partei – auch in unserem Regierungsprogramm so festgeschrieben. Dort haben wir uns auch dazu bekannt, einen Teil des Aufkommens aus der Versteigerung von CO₂-Verschmutzungsrechten für die Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz einsetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Beschluss für eine Abgabe auf Flugtickets gefasst. Das SPD-geführte Entwicklungsministerium hat sich international dafür eingesetzt und es hat die mögliche Umsetzung einer Abgabe auf Devisentransfers geprüft. Im Regierungsprogramm tritt die SPD für eine Börsenumsatzsteuer zur Eindämmung kurzfristiger Spekulationen ein.

Durch die Entschuldungsmaßnahmen der letzten Jahre haben Entwicklungsländer deutlich mehr Ressourcen im Kampf gegen die Armut zur Verfügung. Allein durch die multilaterale Entschuldungsinitiative HIPC können heute 29 Millionen mehr Kinder in Afrika zur Schule gehen. Besonders innovative Entschuldungsinstrumente wie zum Beispiel die „debt2health“ Initiative sind ebenfalls ein wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Im Gegenzug einer Entschuldung zahlen die entschuldeten Länder einen Teil der erlassenen Schulden in den Globalen Fonds zum Kampf gegen HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria ein. Die Entschuldung kommt damit direkt den unter diesen Krankheiten leidenden Menschen zu Gute. Da wir also

eine deutlich positive Wirkung auf Entwicklung feststellen können, ist Entschuldung natürlich auch Teil der ODA.

Geschlechtergerechtigkeit steht für uns im Zentrum der Entwicklungspolitik. Wir haben erreicht, dass die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit Teil fast jedes Vorhabens der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geworden ist. Wir adressieren sie aber auch ganz konkret. Sei es durch das große Engagement des Entwicklungsministeriums im Kampf gegen Genitalverstümmelung, beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme, oder beim Zugang zu (Kleinst-)Krediten. Auch international konnten wir einiges bewegen. So ist auf Initiative von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul Geschlechtergerechtigkeit des „Doing Business“ Reports der Weltbank geworden. Mit deutscher Unterstützung konnte die Weltbank auch eine digitale „Gender Law Library“ aufbauen, die es jede und jedem ermöglicht, sich über die rechtliche Situation der Frauen weltweit mit einigen wenigen Klicks zu informieren.

Geschlechtergerechtigkeit bleibt natürlich ganz oben auf der Agenda der SPD. Es steht außer Frage, dass wir uns auch in Zukunft mit großem Engagement in der Entwicklungspolitik dafür einsetzen werden.

zu Frage 4: Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit ist wirksamer geworden, in Deutschland und international. Die Bundesregierung setzt die Paris Agenda konsequent um und hat sie gemeinsam mit den internationalen Partnern in Accra 2008 fortgeschrieben. Diesen Weg müssen wir auch weiter gehen.

Mit dem Ankerland-Konzept hat das SPD-geführte Entwicklungsministerium ein differenziertes Instrumentarium entwickelt, um entwicklungsorientiert mit politisch und wirtschaftlich einflussreichen Ländern zusammenzuarbeiten, wie zum Beispiel China, Indien, Mexiko oder Südafrika. Zugleich wird über den unter deutscher G8-Präsidentschaft angestoßenen Heiligendamm-Prozess der Dialog mit den G5 über globale Fragen intensiviert.

Wirksamkeit erfordert Arbeitsteilung und Konzentration: Entsprechend der Koalitionsvereinbarung hat die Bundesregierung – nicht zuletzt auf Initiative des SPD-geführten Entwicklungsministeriums – die bilaterale staatliche Zusammenarbeit auf nunmehr 58 Partnerländer beschränkt. Die Bundesregierung hat hierbei klare Kriterien festgelegt, um die Partnerländer auszuwählen: Armut, aber auch globale Interessen z.B. im Klimaschutz; die Entwicklungsorientierung der Partner; die Relevanz des deutschen Beitrags; politische gewachsene Bindungen wie zum Beispiel unsere Verpflichtung für Namibia.

Die SPD hat in der Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit aus einem Guss vorangetrieben: Es gibt mittlerweile 42 deutsche Häuser, in denen die deutschen Durchführungsorganisationen gemeinsam die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vertreten; es gibt Landerteams und gemeinsame Schwerpunktkoordinator/innen in den Partnerländern. Verbindliche Länder- und Regionalkonzepte des BMZ gewährleisten eine kohärente deutsche Entwicklungszusammenarbeit.

Globale Probleme können nur global gelöst werden. Deutschland kann nur auf Augenhöhe mitgestalten, wenn wir entsprechende Mittel für multilaterale Entwicklungszusammenarbeit aufwenden – und deren Wirksamkeit steigern.

Um die multilateralen Entwicklungsbanken noch effizienter zu machen, setzt sich die SPD für eine Reform von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken ein. Die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen mehr als bisher mitbestimmen können.

Die SPD hält Budgethilfe für ein geeignetes Instrument, um die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik zu steigern. Budgethilfe ist natürlich kein Freibrief. Standards der guten Regierungsführung

rung müssen eingehalten werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Mittel auch tatsächlich für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Die Budgethilfe ist deshalb ein geeignetes Instrumentarium, weil sie sicherstellt, dass alle Geber durch die nationalen Strukturen arbeiten und sich koordinieren müssen. Damit wird die Entwicklungszusammenarbeit kohärenter. Auch wird die Partnerregierung mehr in die Pflicht genommen. Sie muss ihre Arbeit auch in den jährlichen Überprüfungen messen lassen. Schließlich macht Budgethilfe Entwicklungszusammenarbeit transparenter. Sie taucht im nationalen Haushalt auf und wird so durch das Parlament und die Öffentlichkeit überprüf- und kontrollierbar.

zu Frage 5: Verschuldung

Die SPD-geführte Regierung hat die Entschuldung ärmster Länder bereits mit dem Kölner G8-Gipfel 1999 begonnen. In Afrika können deshalb jetzt 29 Mio. Kinder mehr in die Schule gehen.

Die gegenwärtige Krise hat die fiskalische Situation vieler Länder leider wieder verschlechtert. Wir stimmen mit VENRO voll und ganz überein, dass die Gefahr einer neuen Schuldenspirale ganz real existiert – und dass diese mit allen Mitteln verhindert werden muss. Die SPD strebt auch deshalb weiter nachhaltige Entschuldung unter Berücksichtigung der Schuldentragfähigkeit an. Wir haben uns eingesetzt für verantwortungsvolle Kreditvergabe, für ein internationales Insolvenzrecht für Staaten und dafür, die internationale Kreditfinanzierung in der Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Wir müssen den Anteil der Zuschüsse im Vergleich zur Kreditvergabe vor allem für die ärmsten Länder erhöhen. Bei der Kreditvergabe und bei der Entwicklungsfinanzierung allgemein muss die jeweilige Situation eines Landes genau überprüft werden. Eine „one size fits all“ Lösung halten wir für falsch.

Als einen letzten Ausweg in Krisensituationen müssen Entwicklungsländer auch die Möglichkeit haben, in Übereinstimmung mit Ihren Schuldnern Kredite zu stunden. Ausgaben für Bildung und Gesundheit dürfen nicht zu Gunsten des Schuldendienstes gekürzt werden. Das hätte fatale Folgen für das Entwicklungspotential eines Landes und ganz konkret für die Menschen – vor allem die Ärmsten der Armen würden darunter leiden, die am wenigsten für eine Krise wie die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise können.

zu Frage 6: Welthandel

Die SPD und die sozialdemokratische Entwicklungsministerin haben in der EU und der WTO-Entwicklungsrunde durchsetzen können, dass die Abschaffung der Agrarexportssubventionen bis 2013 vereinbart wurde. Hieran wird sich die SPD weiter in der EU und in internationalen Handelsvereinbarungen halten. Deshalb haben wir massiv die EU-Agrarexportssubventionen angegriffen. Das SPD-Regierungsprogramm sagt eindeutig aus, dass die Agrarexportssubventionen beendet werden müssen.

Auch weiterhin werden wir uns im Rahmen von Verhandlungen der WTO und von Freihandelsabkommen der EU für eine gerechte Ausgestaltung des Handels einsetzen, die den Entwicklungsländern die Möglichkeit gibt, einen fairen Anteil am Welthandel zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Länder auf den notwendigen Politikspielraum zurückgreifen und Ziele der nachhaltigen Entwicklung und Ernährungssicherung verfolgen können. Die Entwicklungspolitik muss durch handelsbezogene Hilfe (Aid for Trade) die Partnerländer in den Verhandlungen und bei der Umsetzung von Abkommen stärken, damit diese ihre eigenen Interessen verfolgen können. Aid for Trade muss die Partnerländer auch dabei unterstützen, ihre Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen, damit Chancen, die sich aus der Liberalisierung des Welthandels und insbesondere in den Wachstumsregionen der Schwellenländer bieten, tatsächlich auch genutzt werden können. Das SPD-geführte Entwicklungsministerium hat durchgesetzt, dass Deutschland zur Umsetzung der Aid-for-Trade-Strategie der EU ab 2010 jährlich mindestens 220 Mio. €

für handelsbezogene Hilfe zur Verfügung stellt. Dies muss verstetigt und weiter gesteigert werden.

Wir wollen auch den „Fairen Handel“ weiter stärken. Damit erhalten die Produzentinnen und Produzenten in den Entwicklungsländern ein besseres Einkommen. Der Faire Handel dient also ganz konkret der Armutsbekämpfung. Die Stärkung des Fairen Handels ist ein Bereich, in dem Menschen ganz direkt den fairen Konsum stärken können. Die Information der Konsumentinnen und Konsumenten sowie Transparenz des Marktes sind wichtige Bereiche, in denen sich der Staat engagieren muss. Das SPD-geführte Entwicklungsministerium hat deshalb den Fairen Handel bereits mit knapp 9 Mio. € (2003-2008) unterstützt: Es hat beispielsweise die gemeinsame Informationskampagne fair-feels-good finanziert, die mitgeholfen hat, die Ideen des Fairen Handels noch breiter bekannt zu machen. Das Ministerium unterstützt die Faire Woche.

Der Staat sollte aber auch die Ansätze privater Unternehmen zu verantwortlichem Handeln stärken. Unternehmen reagieren zunehmend darauf, dass Konsumentinnen und Konsumenten ein steigendes Bewusstsein dafür entwickeln, unter welchen Bedingungen die Produkte entstehen, die sie hier in Deutschland verbrauchen. Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul unterstützt deshalb bereits seit Jahren die Entwicklung und Umsetzung freiwilliger Umwelt- und Sozialstandards auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. So haben wir im Rahmen der Entwicklungspolitik z. B. einen Runden Tisch innerhalb Deutschlands zum Thema Sozialstandards einberufen und unterstützen das Sekretariat des Global Compact.

Nicht zuletzt hat der Staat eine wichtige Gesetzgebungs- und Vorbildfunktion im Bereich der öffentlichen Beschaffung. Dass wir dem neuen Gesetz dazu auch Taten folgen lassen wollen, haben wir bereits unter Beweis gestellt: Das Entwicklungsministerium setzt das neue Gesetz bereits um. Im Übrigen hat Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul veranlasst, dass alle Beschaffungen zur Bewirtung im Entwicklungsministerium aus Fairem Handel stammen (also Kaffee, Zucker, Orangensaft). Parallel zu diesen unmittelbar eigenen Umsetzungsbemühungen steht das Entwicklungsministerium auch in engem Austausch mit anderen Ressorts und anderen EU-Mitgliedsstaaten sowie Kommunen, die sich gegen Kinderarbeit engagieren. So hat sich das Entwicklungsministerium beispielsweise an einer geplanten Handreichung des Städtetags für Kommunen beteiligt und für das geplante Handbuch der EU-Kommission einen Input erarbeitet.

Um öffentlichen Beschaffungsstellen die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen, finanziert das Entwicklungsministerium derzeit die Entwicklung einer Internet-Plattform beim International Trade Centre (ITC) in Genf, die eine Übersicht über bestehende Standard-Initiativen bereitstellen soll.

zu Frage 7: Gesundheit

Die SPD hat in Regierungsverantwortung mit Unterstützung des Parlaments eine Erhöhung der Mittel für die Erforschung und Bereitstellung von Medikamenten zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria sowie andere von Industrieländern vernachlässigte Krankheiten erreicht.

Gleichzeitig werden mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Partnerländern zahlreiche Projekte der Bildung und Aufklärung, der Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der reproduktiven Gesundheit, der Verbesserung der Rechtsstellung der Frauen und der Bereitstellung von präventiven Maßnahmen gefördert. Die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag haben diese Politik mit zahlreichen Initiativen gestärkt und wir werden uns weiter dafür einsetzen.

Damit Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten nachhaltig sind, müssen sie in deutlich stärkerem Maße als bisher von Struktur bildenden Ansätzen im Bereich der Gesundheitssysteme begleitet werden. Insbesondere der eklatante Mangel an Fachkräften im Gesund-

heitsbereich steht hier im Vordergrund. Darüber hinaus zeigt sich dringender Handlungsbedarf bei der Verminderung der Kindersterblichkeit und der Verbesserung der Müttergesundheit.

Deshalb hat das Entwicklungsministerium unter SPD-Führung sein Engagement im Bereich der sozialen Sicherung ausgebaut. Unterstützung gab es dabei aus dem parlamentarischen Raum auf Initiative des ehemaligen Arbeitsministers Walter Riester (SPD). Sein Engagement mündete in einem Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Titel „Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt beim Aufbau und bei Reformen von sozialen Sicherungssystemen unterstützen und soziale Sicherung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit implementieren“. Dieser wurde am 13.03.2008 mit großer Mehrheit vom Bundestag verabschiedet und gilt seitdem als Richtschnur für den weiteren Ausbau der Arbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der sozialen Sicherung.

Das Entwicklungsministerium fördert zum Beispiel Beratungsmaßnahmen zum Aufbau von sozialen und gemeindebasierten Krankenversicherungen und Grundsicherungen in Subsahara Afrika, Fonds für Sozialentwicklung und Grundsicherung in Lateinamerika und Mikroversicherungsprojekte in asiatischen Ländern. Insgesamt führt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit über 30 Ländern Maßnahmen durch, die soziale Sicherungskomponenten beinhalten.

Auch international engagieren wir uns. Deutschland hat massiv die sogenannte „Providing for Health“ Initiative vorangetrieben. Die 2008 gegründete internationale Initiative hat zum Ziel, soziale Sicherung im Gesundheitswesen auszubauen und nachhaltig zu finanzieren. Erste Pilotmaßnahmen zur Beratung von Partnerländern wurden bereits eingeleitet.

Die internationale Gemeinschaft muss aber nach wie vor erheblich mehr investieren, um diese zentralen MDGs zu erreichen. Die Bekämpfung von HIV/AIDS und die Stärkung der Gesundheitssysteme, sowie die reproduktive Gesundheit ist daher ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Zugang zu Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und eine wichtige Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand.

Das SPD-geführte Entwicklungsministerium engagiert sich weltweit in mehr als 40 Ländern mit international anerkannten Programmen im Bereich Gesundheit. In derzeit 14 Ländern ist Gesundheit ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Wir haben durchsetzen können, die deutschen Mittel zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria und die Verbesserung der Gesundheitssysteme zu erhöhen. In den Jahren 2008 und 2009 werden - vor dem Hintergrund der Zusagen von Heiligendamm - im Durchschnitt 500 Mio € pro Jahr erreicht.

Diese Mittel werden insbesondere in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und über multilaterale Organisationen, wie den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, eingesetzt.

Einen internationalen Code of Conduct bei der Abwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Entwicklungsländern unterstützen wir.

zu Frage 8: Bildung

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Lernchancen sind der Schlüssel zu nachhaltiger menschlicher Entwicklung, zum friedlichen Zusammenleben und somit Voraussetzung zur Armutsminderung (Umsetzung Aktionsplan 2015). Vor diesem Hintergrund haben wir durchgesetzt, Bildung zu einem Schwerpunkt deutscher bilateraler Zusammenarbeit zu machen. Bei der „Education for All Fast Track Initiative“ sind wir treibende Kraft.

Bereits 2007 betrug der Anteil der Bildungsförderung 15% an der gesamten deutschen bilateralen ODA. Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit umfasst Maßnahmen im Be-

reich der Förderung der Bildungssysteme, in der Grundbildung, der Sekundar- und Tertiärbildung, der beruflichen Bildung sowie im Bereich der Aus- und Fortbildung in speziellen Sektoren.

Die Schwerpunkte deutscher Entwicklungszusammenarbeit können wir natürlich nicht alleine beschließen. Dies tun wir in Regierungsgesprächen gemeinsam mit den Partnerregierungen. Im Sinne der „Ownership“ wollen wir die Partnerregierung in den Bereichen unterstützen, in denen sie unsere Unterstützung erfragen. Wenn es der Wunsch einer Partnerregierung ist, dass Bildung Schwerpunkt der Zusammenarbeit wird oder Bildungskomponenten in bestehenden Programmen gestärkt werden sollen, verschließen wir uns dem natürlich nicht.

Die Ausbildung von einheimischen Fachkräften ist fest in unseren entwicklungspolitischen Programmen verankert. Es liegt ja auf der Hand, dass ein Programm nur dann erfolgreich weitergeführt werden kann, wenn die dafür benötigten Kompetenzen auch vorhanden sind. Wir wollen nicht verschweigen, dass das in der Vergangenheit nicht immer so war. Deshalb haben das wir mit unserer Entwicklungspolitik geändert.

Das Kooperationspotential zwischen Bildungseinrichtungen in Deutschland und Entwicklungsländern ist hoch und sicherlich noch nicht voll ausgeschöpft. Mehr und mehr Institutionen in Deutschland zeigen aber Interesse an einer solchen Kooperation. Wichtig ist jedoch eine stärkere Vernetzung der Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland mit Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern. Die deutschen Bildungseinrichtungen können so ihre Partnerinstitutionen in Entwicklungsländern beraten. Wissenstransfer ist natürlich keine Einbahnstraße. Unsere deutschen Bildungseinrichtungen können sicherlich auch viel von den Bildungseinrichtungen in den Entwicklungsländern lernen. Das Wissen und die Kompetenz von Migrantinnen und Migranten bei derartigen Vorhaben zu nutzen, halten wir nicht nur für sinnvoll sondern für unablässig.

zu Frage 9: Ernährung

Bereits zu Beginn der Nahrungsmittelkrise hat das SPD-geführte Entwicklungsministerium auf die steigenden Nahrungspreise und ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen mit konkreten Maßnahmen reagiert, um zu einer Verbesserung der globalen Ernährungssicherheit im beizutragen.

Wir unterstützen die Empfehlungen des Weltagrарberichts. Wir wollen uns für eine Verbesserung der ländlichen Lebensbedingungen einsetzen und damit eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Die SPD unterstützt die Position, die Mittel des Entwicklungsministeriums für ländliche Entwicklung aufzustocken und sie noch mehr auf kleinbäuerliche Landwirtschaft auszurichten. Wichtigstes Ziel muss heute sein, die Produktivität der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern möglichst umgehend signifikant zu steigern.

Um kleinbäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern zu fördern, ist es wichtig die Wettbewerbsfähigkeit und Selbsthilfefähigkeit ländlicher Produzentinnen und Produzenten durch Kapazitätsaufbau zu stärken und durch Organisationsentwicklung die Position am Markt zu optimieren. Hierzu gehört die Stärkung der Konkurrenzposition durch die Steigerung der Produktivität im Rahmen nachhaltiger Produktionssysteme wie auch ein verbesserter Marktzugang.

Entsprechend konzentriert sich die staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Kooperation mit den wichtigen Akteuren vor Ort darauf, die Förderung von Qualität, Quantität sowie soziale und ökologische Faktoren in ausgewogenem Maße zu betreiben. Hierzu zählen die Zugänge zu Information und Wissen ebenso wie jener zu leistungsfähigem Pflanzenmaterial und andern Produktionsmitteln.

Wichtige Elemente sind auch die Sicherung des Landzugangs und der langfristigen Landnutzung, besonders auch für Frauen. Die Unterstützung von Diversifizierungsmaßnahmen um die Abhängigkeit von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu vermindern sind ebenso wichtig wie Maßnahmen zur Optimierung des Wertetransfers entlang der Wertschöpfungskette.

Dies breitenwirksam für die Millionen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern umzusetzen, kann nur in Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren entlang der Kette funktionieren. Neben der Förderung von landwirtschaftlichen Beratungsdiensten und privaten Dienstleistern für kleinbäuerliche Systeme sind freiwillige Standards ein wichtiges Instrument, um diese Bedingungen ländlicher Entwicklung zu optimieren.

Die Behauptung, grüne Gentechnik bekämpfe den Hunger in den Entwicklungsländern, ist falsch. Das teure Saatgut verstärkt die Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern von der Saatgutindustrie. Gerade Kleinbäuerinnen und Kleinbauern leiden darunter. Nahrungsmittelhilfe sollte keine gentechnisch veränderten Lebensmittel enthalten.

zu Frage 10: Klimawandel

Die SPD unterstützt das Ziel, dass die Industrieländer ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 gegenüber 1990 um 40 % zu reduzieren.

Die Herausforderungen sind gewaltig. Der Stern-Report schätzt den zusätzlichen Bedarf für „grüne Energieentwicklung“ auf 20-30 Milliarden US-Dollar pro Jahr, die weltweiten Anpassungskosten auf mindestens 5 % des globalen Bruttonationaleinkommens.

Wir haben bereits damit begonnen, die Ausgaben für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu steigern. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Dafür brauchen wir neue und zusätzliche Ressourcen. Dabei müssen wir auch innovative Wege gehen. Deutschland ist bisher das einzige Land, das einen Teil der Erlöse aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten für solche Maßnahmen in Entwicklungsländern einsetzt. Dass wir diesen Weg weiter gehen wollen, haben wir auch in unserem Regierungsprogramm festgeschrieben.

Die SPD geht in ihrem Regierungsprogramm auch ausdrücklich auf Deutschlands Verantwortung für nachhaltige Politik ein. In diesem Regierungsprogramm stehen die Förderung regenerativer Energien in Entwicklungsländern und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen. Der Anbau von Pflanzen zur Produktion von Agrartreibstoffen darf nicht dazu führen, die Ziele der sicheren Ernährung, des Erhalts der Biodiversität und der Tropenwälder sowie des Lebensraums der indigenen Völker zu gefährden. Um Fehlentwicklungen bei der Nutzung von Biomasse zu vermeiden, brauchen wir ein Zertifizierungssystem, mit dem Nachhaltigkeit bei Anbau und Produktion sichergestellt wird. Wir wollen unserer Verantwortung in diesem Bereich nachkommen. Deshalb haben wir mit dazu beigetragen, dass eine Biomasse-Nachhaltigkeitsverordnung in Kraft gesetzt wurde, in der Anforderungen für die Nutzung von Biomasse in Deutschland festgelegt sind.

zu Frage 11: Governance

Die Vereinten Nationen sind das einzige Organ, in dem alle Staaten eine Stimme haben. In einer globalisierten Welt ist das außerordentlich wichtig. Denn globale Probleme können nur global bekämpft werden. Deshalb müssen die Vereinten Nationen ein maßgebliches Organ zur Lösung globaler Fragen und Probleme sein.

Die SPD hat sich bereits mehrfach zu einem globalen Rat der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Fragen bekannt. Das haben wir sowohl in unserem Parteiprogramm als auch im Regie-

rungsprogramm festgeschrieben. Die Einrichtung eines solchen Rates braucht jedoch Zeit. Deshalb müssen wir in der Zwischenzeit Maßnahmen unternehmen, die Kompetenz und Kapazität der Vereinten Nationen im Wirtschaftsbereich bereits heute zu stärken. Ein wichtiger Schritt dazu war die Konferenz der Vereinten Nationen zur globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf Entwicklung im Juni 2009 in New York. Dort konnten wir durchsetzen, nicht zuletzt wegen des großen Engagements unserer Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wienczek-Zeul, ein Expertenpanel der Vereinten Nationen zu diesen Fragen einzurichten. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Beratungen über die Einsetzung des Panels noch dieses Jahr abzuschließen, so dass es möglichst bald seine Arbeit aufnehmen kann. Es ist durchaus denkbar, dass das Panel langfristig in einem globalen Rat mündet.

Bei der Konferenz wurde auch beschlossen, dass die Vereinten Nationen und die Weltbank besser kooperieren müssen. Ebenso wird der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen aufgewertet. Der erste Schritt ist also gemacht, die Vereinten Nationen im Wirtschaftsbereich handlungsfähiger zu machen.

Es bleibt natürlich die Reform des Sicherheitsrats. Dieser muss repräsentativer werden. Seine heutige Zusammensetzung bildet nicht die Realität des 21. Jahrhunderts ab.

Die SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, die Kompetenzen der Vereinten Nationen zu stärken und, wenn nötig, Strukturen so zu ändern, dass die Organisation handlungsfähiger wird.

Die Förderung guter Regierungsführung haben wir zu einem Kernthema deutscher Entwicklungszusammenarbeit gemacht. Gute Regierungsführung ist ein Querschnittsthema, das wir möglichst mit allen Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit fördern wollen. Dazu zählen die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung aller Menschenrechte ebenso wie die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freien Medien. Wir unterstützen Verwaltungsreformen und Dezentralisierung und treten für „Good Financial Governance“, Transparenz im Rohstoffsektor und Korruptionsbekämpfung ein. Nicht zu vergessen ist natürlich auch die Gleichberechtigung der Geschlechter.

zu Frage 12: Frieden und Sicherheit

Armutsbekämpfung und die Gestaltung einer gerechten Globalisierung sind Voraussetzungen für Frieden. Dabei stehen wir vor vielfältigen Herausforderungen: Staatszerfall, Klimawandel und anhaltendes Bevölkerungswachstum heizen den Teufelskreis um Armut und Konflikte gerade in den ärmsten Ländern dieser Welt an. Die zivile Bearbeitung solcher Krisen wird in Zukunft noch wichtiger werden. Mit unserer Entwicklungspolitik wollen wir an strukturellen Konfliktursachen arbeiten, um präventiv zu wirken. Für uns ist die Entwicklungspolitik das effizienteste und kostengünstigste Instrument der Friedenspolitik. Nur wenige Monate nach Antritt der SPD-geführten Bundesregierung 1998 war die Gründung des Zivilen Friedensdienstes ein wichtiges Signal für eine zivile Friedensentwicklung. Wir wollen, dass der ZFD ein fester Bestandteil unserer Entwicklungspolitik bleibt und die Instrumente der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung weiter ausgebaut werden.

Wir stehen zu der Zusage, die afghanische Bevölkerung dabei zu unterstützen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern sowie den staatlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau fortzusetzen und abzusichern. Langfristiges Ziel des Aufbauprozesses soll eine staatliche Ordnung sein, welche die fundamentalen Voraussetzungen politischer Legitimität erfüllt. Ebenso zentral sind der wirtschaftliche und der soziale Wiederaufbau. Dies soll sich in Zukunft auch stärker in der Verteilung der Mittel niederschlagen.

Sexualisierte Gewalt wurde oft als Mittel der Kriegsführung eingesetzt, das die strategische Erniedrigung oder sogar Ausrottung der Kriegsgegner zum Ziel hat. Die im Juni 2008 verabschiedete Resolution 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen betrachtet die SPD in dieser

Hinsicht als Meilenstein: Mit dieser Resolution stuft der Sicherheitsrat sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen als gezielte Kriegstaktik und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein und fordert alle beteiligten Parteien auf, ihre Anstrengungen zu einem besseren Schutz vor sexualisierter Gewalt zu verstärken.

Im Sinne der Prävention müssen wir vor allem die Ursachen von sexualisierter Gewalt gegen Frauen bekämpfen – das Fehlen eines öffentlichen Bewusstseins, die unkontrollierte Verbreitung von Waffen, die zunehmende Verrohung in der Gesellschaft durch Konflikte und den mangelnden Schutz von Frauen durch die Sicherheitskräfte. Ganz klar ist, dass wir die Opfer sexueller Gewalt unterstützen müssen, um die deren große Not zu lindern, jedoch ist das Behandeln der Symptome bei weitem nicht genug.

zu Frage 13: Entwicklungspolitische Bildung

Der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit messen wir einen hohen Stellenwert zu und wollen sie auch weiter ausbauen. Wir müssen den Menschen in unserem Land auch zeigen, dass Entwicklungspolitik uns alle angeht. Das wir es damit ernst meinen, haben wir gerade unter Beweis gestellt: Auf Initiative von Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul wurde der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „weltwärts“ eingerichtet. Damit ermöglicht das Entwicklungsministerium seit Anfang 2008 jungen Menschen zwischen 18 und 28 Jahren einen 6- bis 24-monatigen Aufenthalt in einem Entwicklungsland. Im Jahr 2008 standen bereits rund 3.000 Einsatzplätze zur Verfügung, 2010 sollen bis zu 10.000 Freiwillige pro Jahr entsandt werden. Das neu geschaffene Instrument dient in erster Linie dazu, junge Menschen für entwicklungspolitische Fragen zu sensibilisieren. Es passt damit nahtlos in die Programmatik der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Unter dem Motto "Lernen durch tatkräftiges Helfen" spricht "weltwärts" nicht nur Gymnasiasten, sondern auch Haupt- und Realschülerinnen und -schüler mit Berufsausbildung an. "weltwärts" wird zwar überwiegend durch das BMZ finanziert, aber in der Durchführung von zivilgesellschaftlichen, am Gemeinwohl orientierten Entsendeorganisationen getragen. Die Entsendeorganisationen und ihre Partner vor Ort begleiten die Freiwilligen intensiv sowohl fachlich als auch pädagogisch. Ziel ist es, mit den zurückgekehrten Freiwilligen überzeugende junge Mittlerinnen und Mittler für den Gedanken der "Einen Welt" in Deutschland zu gewinnen.